

Vorsicht, Radioaktivität!

PRÜFEN UND SCHÜTZEN!

Wie können Beschäftigte vor möglicherweise verstrahlten Teilen aus Japan geschützt werden? Das war ein aktuelles Thema in der Arbeitsschutzkonferenz der IG Metall Baden-Württemberg. Die fast 300 Teilnehmer befassten sich außerdem mit zahlreichen Neuerungen bei Gesetzen und Vorschriften zum Arbeitsschutz.

Die IG Metall fordert die Unternehmen auf, die Beschäftigten vor möglichen Strahlenbelastungen zu schützen. Es müsse umgehend Klarheit über den Umgang mit Materialien und Zulieferteilen aus radioaktiv belasteten Regionen geschaffen werden, sagte Monika Lersmacher, bei der IG Metall Baden-Württemberg zuständig für Arbeits- und Gesundheitsschutz: »Die Unternehmen sind in der Pflicht, das Risiko für die Beschäftigten so gering wie möglich halten.« Bisher seien noch keine Fälle bekannt geworden, so Lersmacher und deshalb solle keine Panik geschürt werden: »Aber das Risiko besteht.« Für alle Warenlieferungen aus Japan müssten deshalb strenge und verbindliche Schutzbestimmungen angelegt, die Strahlenwerte laufend gemessen werden. Lersmacher: »Verantwortungsvolle Unternehmen sind gut



Geigerzähler: Zulieferteile aus Japan auf Radioaktivität überprüfen

beraten, jetzt vorzubeugen und für Sicherheit und Klarheit gegenüber ihren Mitarbeitern zu sorgen.«

Neue Vorschriften. Im Arbeits- und Gesundheitsschutz gibt es eine ganze Reihe von neuen Vorschriften, über die in der Kon-

ferenz berichtet wurde. So gilt seit Januar 2011 die neue Unfallverhütungsvorschrift »Betriebsärzte und Fachkräfte« (DGUV 2). Für die Betriebsräte ergeben sich mit der dieser Vorschrift neue Chancen, sagte Heinz Fritsch von der IG Metall-Vorstandsverwaltung

Frankfurt. Zum Beispiel finden Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen, die sich auf neue Gesundheitsgefahren wie etwa psychische Belastungen beziehen, nun Eingang in die Arbeit der Ärzte und der Fachkräfte für Arbeitssicherheit. Auch die Gefahrstoff- und die Arbeitsstättenverordnung haben sich geändert. Details dazu siehe in den Materialien auf der Webseite der Aktion Tatort Betrieb

Die Lage von Leiharbeitern ist auch beim Arbeits- und Gesundheitsschutz höchst prekär. In allen Arbeitssituationen sind sie stärker belastet als Festangestellte – und haben am betrieblichen Arbeitsschutz kaum teil. Das ermittelte das Projekt »Grazil«. Auch deshalb solle es in den Betrieben am besten keine Leiharbeit mehr geben. ■

Die Materialien zur Konferenz: www.tatort-betrieb.de

Wahlen auch bei den Berufsgenossenschaften

Hans-Peter Kern, BG ETEM: Mit der Wahl der Versichertenvertreter die Politik mitgestalten

Bei den Sozialwahlen werden auch die Arbeitnehmervertreter in den Berufsgenossenschaften gewählt, unter ihnen Hans-Peter Kern. Der Metaller ist alternierender Vorsitzender der BG ETEM (Energie, Textil, Elektro, Medienerzeugnisse) und Betriebsrat bei Bosch in Reutlingen.

Die BG ETEM und die BG Holz Metall sind die beiden Berufsgenossenschaften, die für die Branchen der IG Metall zuständig sind. Sie entstanden in den letzten Jahren aus Fusionen und haben zusammen über acht Millionen Versicherte. Die BG Holz Metall

wählt am 5. Oktober, da die Fusion noch nicht abgeschlossen ist, die ETEM am 1. Juni. Die Fusionswelle

war eine von Hans-Peter Kerns Projekten bei der BG ETEM: »Wir mussten all die verschiedenen Kulturen unter einen Hut kriegen.«

Daneben bleiben die ureigenen Aufgaben, für die sich Hans-Peter Kern auch weiter engagieren möchte: An der Neufassung der Unfallverhütung hat er aktiv mit-



Hans-Peter Kern

gewirkt (siehe Bericht oben): »Sonst wäre das nicht so sehr im Sinn der Beschäftigten gelaufen.« Die Rehabilitation müsse weiter verbessert werden: »Betroffene sollen schneller als bisher in die Reha kommen, um schneller wieder gesund zu werden«, so Kern. Die Prävention bleibe wichtiges Thema, damit es erst gar nicht so weit kommt. Die BG wolle sich zudem speziell um stark unfallgefährdete Betriebe kümmern und etwa Qualifizierung anbieten. Kern: »Die Versicherten können mit der Wahl ihrer Vertreter also die Politik der BG mitgestalten.« ■

MITWÄHLEN

Sozialwahlen: Von 12. April bis 1. Juni finden bei Rentenversicherung, Krankenkassen und Berufsgenossenschaften die Sozialwahlen statt (Ausnahme BG Holz Metall, da ist am 5. Oktober Wahltag). Damit wird die Selbstverwaltung der Sozialversicherung gewählt. Die IG Metall fordert die Versicherten und Rentner auf, ihr Wahlrecht wahrzunehmen. So können sie bei Rente und Gesundheit mitbestimmen. Die IG Metall kandidiert mit eigenen Listen ■

Mehr beim Sozialwahl-Portal: www.igmetall.de

Heizung, Klima, Sanitär: 5,3 Prozent mehr Geld

Für die etwa 25 000 Beschäftigten der Technischen Gebäudeausrüstung (TGA) in Baden-Württemberg haben sich IG Metall und der Industrieverband Technische Gebäudeausrüstung auf Entgelt-erhöhungen geeinigt: Ab 1. Juni gibt es 2,8 Prozent mehr für zehn Monate. Ab April 2012 steigen die Entgelte dann um weitere 2,5 Prozent, diesmal über eine Laufzeit von zwölf Monaten. Außerdem gibt es für April und Mai 2011 eine Einmalzahlung von insgesamt 380 Euro. Der Tarifvertrag läuft über 24 Monate. Die Ausbildungsvergütungen steigen um Beträge zwischen 15 und 43 Euro an. Sabine Zach, Verhandlungsführerin für die IG Metall Baden-Württemberg bewertet das Ergebnis als »angemessen«: »Die Entgelte steigen tabellenwirksam um 5,3 Prozent in den nächsten zwei Jahren.« Die Tarifkommission hat das Ergebnis einstimmig angenommen. ■

Holz und Kunststoff fordert 5,8 Prozent

Für die rund 30 000 Beschäftigten in der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie Baden-Württemberg fordert die IG Metall 5,8 Prozent mehr Geld. Das hat die Tarifkommission beschlossen. Für die Azubis werden 60 Euro mehr pro Ausbildungsjahr verlangt. »Die Branche steht gut da«, sagt Sabine Zach von der IG Metall Baden-Württemberg: Vor allem die Hersteller von Fenstern und die Kunststoffverarbeitung befinden sich in einer Boomphase: »Davon müssen auch die Beschäftigten profitieren, nachdem sie die Lasten der Krise getragen haben.« ■



Foto: IG Metall Singen

Warnstreik für Anerkennungstarif: Rowedder Macro in Bermatingen

Rowedder: Kampf um tarifliche Rechte

DER ERSTE WARNSTREIK

Bei Rowedder in Bermatingen nahe Singen kämpft die Belegschaft für einen Anerkennungstarif, in Bruchsal um die Einhaltung des Tarifs.

Rowedder Macro Assembly (Bermatingen) und Rowedder Micro Assembly (Bruchsal) gehören zur Mutter Assembly in Motion (AIM) in Ellwangen. Gemeinsamer Geschäftsführer ist Antonio Alvarez – und der verweigert in beiden Betrieben tarifliche Rechte: bei Rowedder Macro einen Anerkennungstarifvertrag und bei Micro die Weitergabe vereinbarter Entgelt-erhöhungen – zweimal 2,1 Prozent seit Juli 2010.

Erster Warnstreik. In Bermatingen verlieh die Belegschaft ihrer Forderung im April mit einem Warnstreik Nachdruck, der erste dort überhaupt. Der Konflikt schwelt seit Februar, wie die IG Metall Singen mitteilt. In zwei Verhandlungen wurde versucht, ein Konzept zu entwickeln, das die Interessen der Beschäftigten und die wirtschaftliche Situation des Unternehmens unter einen Hut bringt. Die Geschäftsleitung

verlangte einen Verzicht auf große Teile vom Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Dafür sollte es Entgelterhöhungen geben, die längst fällig gewesen wären.

In Bruchsal brach die Geschäftsleitung Gespräche über eine Verlängerung des Sanierungstarifs ab. Bei den Beschäftigten herrsche großer Unmut, so Dirk Becker von der IG Metall: »Trotz Tarifvertrag unterliegen sie der Willkür der Geschäftsführung.« Ähnliches Bild in Bermatingen: »Wir wollen eine faire Gestaltung der Arbeitsbedingungen bei Rowedder und keine einzelvertragliche Willkür«, sagt Zweiter Bevollmächtigter Raoul Ulbrich. Die IG Metall-Bezirksleitung hat dort nun die Verhandlungsführung übernommen. Weitere Warnstreiks seien nicht ausgeschlossen, sagt Raoul Ulbrich. ■

Aktuelle Infos:

- ▶ www.bruchsal.igm.de
- ▶ www.singen.igm.de

Neue Landespolitik: Ökologisch und sozial

Die IG Metall erhofft sich eine gute Zusammenarbeit mit der neuen grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg. Das sagte IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann: »Ich glaube, die neue Regierung kann einiges verändern im Land.« Hofmann nahm besonders Bildung und Beschäftigung in den Blick. »Wir brauchen eine entschiedene Schwerpunktsetzung: Bildung, Investitionen in die Infrastruktur und eine Industriepolitik, die den ökologischen Umbau aktiv fördert. Das sind Rahmenbedingungen für eine neue nachhaltige Wachstumsdynamik und damit auch ein Mehr an Beschäftigung.« Der Bezirksleiter forderte deshalb eine Industriepolitik, die ökologische und soziale Ziele vernünftig aufeinander abstimmt. Soziale Nachhaltigkeit bedeute auch eine unmissverständliche, klare Position der Landesregierung gegen eine weitere Ausbreitung prekärer Beschäftigung. Dies beginne mit einem Tarif-treugesetz und einem Eintreten für Mindestlöhne. ■

Alle Forderungen der IG Metall zur neuen Landespolitik:
▶ www.bw.igm.de → Presse

Impressum

IG Metall Bezirk Baden-Württemberg,
Stuttgarter Straße 23,
70469 Stuttgart,
Telefon 0711-16 58 1-0,
Fax 0711-16 58 1-30,
E-Mail: bezirk.baden-wuerttemberg@igmetall.de

Homepage:
▶ www.bw.igm.de
Verantwortlich: Jörg Hofmann.
Redaktion:
Kai Bliesener, Uli Eberhardt.